

Die Bedeutung liberaler Werte

Viele Menschen sind bereit, ihre persönliche Freiheit gegen vermeintliche Sicherheit einzutauschen. Doch je mehr vom «Wohl des Bürgers» die Rede ist, desto hellhöriger sollte dieser werden. **MICHAEL VON LIECHTENSTEIN**

Die westliche Welt befindet sich auf einem sehr gefährlichen Kurs, mit dem die persönliche Entscheidungs- und Handlungsfreiheit eines jeden Bürgers in Gefahr ist. Dieser Eindruck hat sich anlässlich der 11. Internationalen Gottfried von Haberer Konferenz – zu der Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien Ende Mai in Vaduz zusammenkamen – verstärkt. Warum?

Die grossen westlichen Staaten streben seit einigen Jahren verstärkt nach immer mehr Zentralisierung und Harmonisierung. Dieses Streben bedingt in der Konsequenz jedoch auch, dass die Bürger immer stärker zu kontrollieren sind. Dadurch aber werden die drei liberalen Werte individuelle Freiheit der Person, Rechtsstaatlichkeit und Recht auf Eigentum, die der Menschheit in den vergangenen 150 Jahren einen monumentalen Fortschritt ermöglicht haben, immer mehr ausgehöhlt. Und interessanterweise gerade von denjenigen Staaten, die durch diese drei Werte den grössten Fortschritt und Wohlstand erzielen konnten.

Die verschiedensten Kontrollmassnahmen werden mit Begriffen begründet wie beispielsweise Terrorismusbekämpfung, soziale Gerechtigkeit oder Bekämpfung von Kriminalität. Solche Begriffe werden deshalb verwendet, weil sie bei der Bevölkerung gut ankommen, vermitteln sie doch ein Gefühl der Sicherheit. De facto aber führen die zunehmenden Kontrollmassnahmen in letzter Konsequenz dazu, dass den Bürgern ihre freiheitlichen Selbstbestimmungsrechte immer mehr abgenommen werden.

Gefährlicher Trend

Doch weshalb sind gerade diese drei liberalen Werte so bedeutsam? Der Sinn des Werts persönliche Freiheit liegt darin, einem jeden Menschen das Recht zuzugestehen, selbstbestimmt zu entscheiden und auszuwählen, solange dabei die Rechte und Freiheiten der anderen nicht eingeschränkt werden. Je mehr nun aber gesetzlich reguliert und bestimmt wird, desto mehr wird dieser Wert untergraben.

Der Wert Rechtsstaatlichkeit wiederum hat zum Zweck, den Bürger vor Übergriffen, beispielsweise auch durch den Staat, zu schützen und die persönliche Freiheit sowie das Recht auf Eigentum zu gewährleisten. Im Weiteren bezweckt der Rechtsstaat eine verlässliche Gesetzgebung, bei der die Bürger auf Rechtssicherheit vertrauen können. Doch gerade im Steuerbereich sind in den letzten Jahren rückwirkende Vorschriften erlassen worden, die den Wert Rechtsstaatlichkeit aushöhlen. Das Recht auf Eigentum schliesslich ist ein menschliches Grundrecht, das dazu dienen soll, Eigentumsverhältnisse zu ermöglichen und privates Eigentum vor willkürlicher Enteignung zu schützen.

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich die Gesetzesproduktion extrem beschleunigt, und es scheint, als ver-

komme die Gesetzgebung vor allem in Europa und den USA, etwas überspitzt ausgedrückt, zu einer Art «Massenproduktion». So verwundert es denn auch wenig, wenn ein Bürger ob der Vielzahl an Gesetzen und Verordnungen den Überblick verliert und kaum mehr in der Lage ist, zu beurteilen, was rechtens ist. Im Weiteren werden Bürger, entgegen der im Sinne der Rechtsstaatlichkeit zu berücksichtigenden Unschuldsvermutung, zunehmend unter Generalverdacht gestellt. Und auch im Bereich der Steuerabgaben zeigt sich die Tendenz, dass sie nicht mehr dem primären Zweck dienen, die notwendigen Staatsbeziehungsweise Gemeinschaftsausgaben zu decken, sondern vermehrt dazu benutzt werden, populistisch motivierte Umverteilung zu betreiben.



«Der Eindruck verstärkt sich, dass der Zug im Eiltempo in Richtung Planwirtschaft fährt.»

In der Vergangenheit haben verschiedenste Organisationen wie beispielsweise der Internationale Währungsfonds (IWF), die Deutsche Bundesbank, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und andere die Idee ins Feld geführt, einen Teil des Privatvermögens der Bürger über «Vermögensabgaben» (was in der Tat Zwangsabgaben sind) zum Ausgleich der öffentlichen Schuldenberge zu nutzen. Und Wirtschaftswissenschaftler wie Kenneth Rogoff (Harvard), Paul Krugman (Princeton) oder Larry Summers (Harvard) plädieren sogar dafür, das Bargeld abzuschaffen, um so beispielsweise den Negativzinsmechanismus noch besser ausreizen zu können.

Den Wert von Werten bewusst machen

Doch wie der Ökonom Lars Feld (Freiburg im Breisgau) treffend gekontert hat, ist Bargeld «geprägte Freiheit» und ein notwendiges Mittel, damit ein Bürger unabhängig bleiben und sich dem willkürlichen Zugriff eines Staates (oder anderer Organisationen) wenigstens noch teilweise entziehen kann. Wenn nun Sparguthaben wegfallen, weil sich Sparen nicht mehr lohnt, und es Bargeld nicht mehr gibt, dann wachsen ganze Volkswirtschaften zu einer unüberblickbaren Schuldengesellschaft heran, und der Einzelne wird immer steuerbarer. Denn die Verschuldung wird zwar immer interessanter, aber mit der Verschuldung steigt auch die Abhängigkeit. Schliesslich

gibt es nicht nur den Schuldner, sondern auch den Gläubiger. Und der setzt die Bedingungen.

In diesem Beitrag geht es weder darum, irgendeine Verschwörungstheorie oder einen «geheimen Masterplan» darzustellen, noch geht es darum, irgendeinem «Ultraliberalismus» zu frönen. Vielmehr soll das Bewusstsein eines jeden geschärft werden. Wer die Entwicklungen der letzten Jahre sorgfältig beobachtet und hinterfragt, wird feststellen, dass ein schleichernder, selbst verschuldeter Prozess im Gang ist. Die meisten Menschen sind schlicht und einfach zu sehr bereit, die persönliche Freiheit gegen eine vermeintliche Sicherheit (beispielsweise Sicherheit vor Verbrechen oder Sicherheit der sozialen Absicherung) einzutauschen und Massnahmen in dem Glauben gutzuheissen, dass sie einen selbst ja eh nicht betreffen werden, wie beispielsweise die viel propagierte Vermögensabgabe. Auf Kontroll- und Überwachungsmassnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung wird vielfach mit «Das stört mich nicht, ich hab ja nichts zu verbergen» reagiert.

Freiheit, Rechtsstaat, Eigentum

Leider unterliegen da viele einem Irrglauben. Denn mit jeder Massnahme entwickelt sich ein System weiter, das mehr und mehr planwirtschaftliche Züge annimmt und den Bürger immer abhängiger und steuerbarer machen wird. Vor noch gar nicht langer Zeit ist eine Ära zu Ende gegangen, in der Millionen Menschen in Mitteleuropa und Russland vermeintlich «gleich» waren und sich dem System unterzuordnen hatten. Relativ bald wurde aber bewusst, dass die Planwirtschaft kein Erfolgsmodell war und zu wirtschaftlichem Misserfolg und menschlichem Leid geführt hatte. Es verwundert also umso mehr, dass die Fehler der Vergangenheit so rasch in Vergessenheit geraten sind. Denn der Eindruck verstärkt sich immer mehr, dass der Zug im Eiltempo in Richtung Planwirtschaft fährt. Deshalb ist es wichtig, dass die Öffentlichkeit für diese Entwicklungen sensibilisiert wird.

Eines sollte sich jede und jeder bewusst machen: Je mehr davon gesprochen wird, dass etwas «zum Wohl des Bürgers» geschieht, desto hellhöriger sollte dieser werden. Denn letztlich kommt jede Massnahme, der man zustimmt und die einen selbst vermeintlich nicht betrifft, irgendwann zurück und wird die eigene Entscheidungsfreiheit und die persönlichen Handlungsmöglichkeiten einschränken. Es ist jetzt an der Zeit, die Bedeutung der drei wesentlichen, liberalen Werte individuelle Freiheit der Person, Rechtsstaatlichkeit und Recht auf Eigentum wieder ins öffentliche Bewusstsein zu bringen.

Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Präsident des Think Tank European Center of Austrian Economics Foundation, Verwaltungsratspräsident von Industrie- und Finanzkontor Etablissement sowie Gründer und Vorsitzender von Geopolitical Information Services.



FRANK HEINIGER
Redaktor
zum Thema
Aktienrückkäufe

Gefährliches Rauschmittel

«Corporate Cocaine». So betitelte das Wirtschaftsmagazin «The Economist» bereits vergangenes Jahr den deutlich sichtbaren Trend zu steigenden Aktienrückkäufen. Tatsächlich: Gerade in den amerikanischen Führungsetagen scheint man derzeit kaum von der berausenden Wirkung wegzukommen. Allein dieses Jahr dürften US-Unternehmen eigene Valoren im Wert von über 600 Mrd. \$ zurückkaufen und damit ihre Kurse ankurbeln (vgl. Seite 19). Was auf den ersten Blick begrüssenswert erscheint – was ist schon falsch daran, die Aktionäre am Geldsegen zu beteiligen? –, birgt allerdings durchaus Risiken und hat Nebenwirkungen. Denn wo ein Rausch, ist ein Kater üblicherweise nicht fern.

Der Grund: In den USA haben es sich viele Konzerne angewöhnt, Aktienrückkäufe primär mit billigem Fremdkapital zu finanzieren. Zahlen belegen, dass die Cashflows schon lange nicht mehr ausreichen, die Gesamtausgaben für Investitionen, Übernahmen, Dividenden und Rückkäufe zu stemmen. Folglich kann dieses kurs-treibende Spiel nicht mehr lange weitergeführt werden – besonders wenn die US-Notenbank bald an der Zins-schraube drehen sollte. Zudem werden Manager oft ausgerechnet in der Spätphase einer Hausse aktiv. Wer seine Titel also nicht andient, muss damit rechnen, dass der Rückkauf für ihn Shareholder Value vernichtet.

Einer der Haupttreiber der regen Aktivität sind fragwürdige Anreizsysteme. Gerade in den USA werden Managerlöhne oft von der Entwicklung des Gewinns pro Aktie beeinflusst. Dieser kann durch Rückkäufe geschönt werden, selbst wenn der Konzernüberschuss gar nicht gewachsen ist. Und gerade darin liegt für Schweizer Anleger der Trost: Glücklicherweise sind wir hierzulande noch weit von solchen Unsitten entfernt.

Aktuell auf www.fuw.ch

Grexit ist kein Thema für Gold

Eigentlich sollte eine Anlage in Gold Schutz vor politischen Risiken wie etwa dem Austritt Griechenlands aus der Eurozone bieten. Doch der Goldpreis reagiert nicht auf die Grexit-Angst und notiert nahe seinem Jahrestief unter 1190 \$ je Unze. Für höhere Preise könnte am ehesten eine Abkühlung der US-Wirtschaft sorgen.

www.fuw.ch/170615-6

Das Ende des billigen Geldes

Am Mittwoch entscheidet die US-Notenbank (Fed), ob sie ihre Nullzinspolitik beendet. In der Geschichte des Fed gibt es kaum Beispiele für eine Anhebung der Zinsen von der Nulllinie. Das letzte Mal war dies 1937 der Fall.

www.fuw.ch/170615-8

Steigende Realzinsen

Im Zuge der Turbulenzen am Anleihenmarkt sind auch die Langfristzinsen abzüglich der Inflationserwartungen nach oben geschossen. Der Anstieg der Realzinsen ist eine normale Entwicklung, wenn die Konjunktur an Fahrt gewinnt, bringt aber auch die Unsicherheit über die Geldpolitik zum Ausdruck.

www.fuw.ch/170615-10

Fondsmanager werden vorsichtig

Laut einer globalen Umfrage hat ein rekordhoher Anteil professioneller Investoren Schutzmassnahmen gegen fallende Aktienkurse ergriffen. Sorgen bereitet der ungewisse Ausgang des griechischen Schuldendramas sowie das nahende Ende der Nullzinspolitik in den USA. Die Mehrheit erwartet die erste Zinserhöhung des Fed im September.

www.fuw.ch/170615-7

Streit um Deutschland

Deutschland hat den grössten Aussenhandelsüberschuss der Welt. Kritiker monieren, das dränge die schwachen Euroländer an die Wand. Dem wird entgegen, Deutschland dürfe seine Wettbewerbsfähigkeit nicht verschlechtern.

www.fuw.ch/170615-9

Die wahre Gefahr des Grexit

«Tritt Griechenland aus der Eurozone aus, geht es mit der Währungsunion aufwärts.» Wer das glaubt, hat die Eurokrise nicht verstanden. Bei einem Grexit wäre allen klar, dass die Eurozone eben doch keine unumkehrbare Gemeinschaft ist. Damit würden die Probleme in jedem Euroland neu beurteilt.

www.fuw.ch/170615-11

Aufwertung beginnt zu beissen

Wachstumsprognosen werden korrigiert. **MANFRED RÖSCH**

Die Expertengruppe des Bundes rechnet für dieses Jahr neu mit 0,8% Wirtschaftswachstum; im März waren noch 0,9% erwartet worden. Für 2016 wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu konstanten Preisen von 1,6% vorhergesagt, nach bislang 1,8%. Das klingt zwar eher nach statistischer Spitzfindigkeit denn nach einem Drama, doch Verharmlosung ist fehl am Platz. Tatsache ist: Die Wechselkursfreigabe von Mitte Januar beginnt zu schmerzen.

Nachdem sich die erste Aufregung um das Ende von 1.20 Fr./€ gelegt hatte und für eine Weile eine Dröle-de-guerre-Stimmung eingekehrt war, mehren sich nun doch die handfesten Signale, dass die Wirtschaft mächtig zu kämpfen hat. Die Schweizer Unternehmen passen sich derzeit den neuen Gegebenheiten an; dieser Prozess wird weiter andauern. Erschwerend kommt die gedämpftere Dynamik in Schwellenländern hinzu.

Für Beobachter der hiesigen Wirtschaft im Allgemeinen und für Anleger im Besonderen gilt: In der Halbjahresberichterstattung und danach auf die Auftragslage achten, auf die Angaben zu Auftragslage und -bestand. Ein wichtiger Indikator ist die Book to Bill Ratio: Liegt das Verhältnis von Auftragsingang zu Umsatz (in einer bestimmten Periode) über 1, wächst die Nachfrage, liegt die Ratio unter 1, schrumpft sie.

Viele Industriebetriebe kennen lange Durchlaufzeiten und arbeiten nach wie vor Aufträge ab, die sie vor dem legendären 15. Januar in die Bücher genommen hatten. Die Stunde der Wahrheit

kommt also manchenorts erst noch, im Herbst, gegen Ende des Jahres oder dann 2016. Grad und Tempo der Betroffenheit sind von Unternehmen zu Unternehmen naturgemäss stark unterschiedlich. Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, ein intimer Kenner des Werkplatzes Schweiz, sagte unlängst, in manchen Branchen sei die Auftragslage noch auf sechs Monate hinaus gesichert (www.fuw.ch/170615-12).

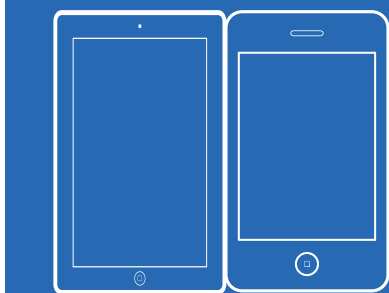
Dass sich die Schwierigkeiten erst schleichend und punktuell manifestieren, ist trügerisch, weil so das Bewusstsein für den Ernst der Lage in der Politik noch ein eher theoretisches bleibt. Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt fordert gemäss der neusten «NZZ am Sonntag» nicht von ungefähr «klare Signale für die Wirtschaft»; er mahnt «Bern», jetzt nicht einfach in die Sommerferien zu gehen und danach dem Wahlkampf zu frönen.

Freilich ist genau das zu befürchten. Und der wirtschafts- und finanzpolitische Schulterschluss der bürgerlichen Bundesratsparteien ist kaum mehr als ein Lippenbekenntnis, ebenso wie das wohlfeile Sonntagsgelübde, die Rahmenbedingungen verbessern zu wollen.

Immerhin darf nach den Abfuhren für Volksinitiativen wie Erbschaftssteuer, 1:12, Mindestlohn usw. mit gewisser Erleichterung festgestellt werden, dass es im Land eine sehr solide Mehrheit gegen abenteuerliche Vorlagen von Links gibt. Die lässt sich jedoch keinesfalls tel quel übersetzen in Mehrheiten für Vorlagen, die Einschränkungen mit sich bringen, etwa in der Altersvorsorge.

Anzeige

**ANALYSE.
HINTERGRUND.
MEINUNG.**



Tagesaktuell
auf fuw.ch

